

FAST EINE MILLIARDE EURO

Abgeordnetenhaus billigt neuen Schuldenberg

Freitag, 20. März 2009 08:33

Jetzt ist es beschlossen: Nach zwei Jahren mit Überschüssen macht das Land Berlin in diesem Jahr wieder 916 Millionen Euro neue Schulden. Der Senat will damit Berlins Teil an den beiden Konjunkturpaketen finanzieren sowie höhere Sozial- und Personalkosten tragen. Die Opposition lehnt den Nachtragshaushalt ab.

Mit der Mehrheit der rot-roten Regierungsfractionen hat das Berliner Abgeordnetenhaus den Nachtragshaushalt für 2009 gebilligt. Damit macht Berlin in diesem Jahr wieder 916 Millionen Euro neue Schulden. Die CDU, die Grünen und die FDP lehnten ihn ab. Die Neuverschuldung ist laut Finanzverwaltung vor allem aufgrund der Mehrausgaben für die beiden Konjunkturpakete von Bund und Ländern, höhere Sozial- und Personalkosten notwendig. Sie schlagen in diesem Jahr mit rund 483 Millionen Euro zu Buche.

Wegen der Steuermaßnahmen in den Konjunkturpaketen und der einbrechenden Wirtschaft nimmt das Land auch wesentlich weniger Steuern sowie Mittel aus dem Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen ein. Dazu belasten die Rückzahlungen für die Pendlerpauschale und das höhere Kindergeld den Etat.


Vertreter von SPD und Linke warben um Zustimmung. Durch die Konjunkturpakete würden wichtige Impulse in der mittelständischen Wirtschaft ausgelöst. Allein für knapp 200 Millionen Euro würden die zum großen Teil maroden Schulen saniert und wärmegeklämt. Rund 18 Millionen Euro sollen in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor fließen. Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD), der zum 1. Mai zur Bundesbank in Frankfurt/Main wechselt, griff nicht mehr in die Debatte ein.

Die oppositionellen Abgeordneten von CDU und Grünen kritisierten dagegen die Vorlage. Der Nachtragshaushalt sei „nicht aussagekräftig, unvollständig und damit verfassungswidrig“, sagte der haushaltspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Uwe Goetze. Auch sein Grünen-Kollege Jochen Esser erklärte, die Grünen lehnten diese „Posse“ ab. Sie akzeptierten kein Schulsanierungsprogramm, in das nicht die geplante Schulreform einbezogen werde. Die Gelder für den öffentlichen Beschäftigungssektor seien „ein Strohhalm für zwei Jahre“.





dpa/apä

MEHR ZUM THEMA

MORGENPOST ONLINE

-  Berlin muss wieder Schulden machen
-  Berlin macht fast eine Milliarde neue Schulden
-  Deutschland hat 1.500.000.000.000 Euro Schulden

WEITERE ARTIKEL AUS BERLIN

-  **Berliner Schulen:** Schließfächer sollen vor Dieben schützen
-  **Geburten:** Berliner Kliniken freuen sich über Babyboom
-  **Richtungsentscheidung:** Präsidenten-Wahlkampf spaltet Berliner TU
-  **Bildungspolitik:** Hundert Berliner Schulen sind ohne Führung